

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

WWW.SÜDDEUTSCHE.DE

HF1 HK1 HS1 HH1

MÜNCHEN, DIENSTAG, 14. JANUAR 2014

70. JAHRGANG / 3. WOCHEN / NR. 10 / 2,30 EURO

Das Streiflicht

(SZ) Als der amerikanische Schriftsteller Philip Roth kurz vor seinem achtzigsten Geburtstag erklärte, mit dem Schreiben aufzuhören, pappte er zur Erinnerung ein gelbes Post-it an den Bildschirm seines Computers mit dem Satz: „Der Kampf des Schreibens ist vorbei.“ Am PC seines deutschen Kollegen Günter Grass könnte ein ähnlicher Zettel kleben, mit dem Satz, den er einmal in einem Interview gesagt hat: „Das Schreiben ist eine schreckliche Tortur – schlimmer nur sind Dichterlesungen vor Frauenkränzchen.“ Im Unterschied zu Roth besitzt Grass den Nobelpreis für Literatur, aber keinen PC, und zwar, wie das bei einer moralischen Instanz wie ihm kaum anders sein kann, aus prinzipiellen Gründen. Man sitze einem Irrtum auf, wenn man glaube, dass der Computer Wissen vermittele, er vermittele allenfalls Informationen, verriet das Orakel aus Lübeck nun der *Passauer Neuen Presse*.

Auch in einer anderen Hinsicht muss der große Mahner, das Gewissen unserer Nation, die Leser der PNP enttäuschen, denn – und das hätten wir jetzt vor lauter Aufregung beinahe vergessen – Grass gab der literarischen Welt eine weitere bittere Pille zu schlucken, nämlich die Mitteilung, dass es wohl keinen neuen Roman mehr von ihm geben werde. „Ich bin jetzt 86. Ich glaube nicht, dass ich einen Roman noch schaffen würde“, so der gesundheitlich angeschlagene Grass. Darf das denn wahr sein?, werden jetzt viele fragen, und die Beleseneren hört man schon mit einer Träne im Knopfloch seufzen: „Ilsebill salzt nicht mehr nach“, frei nach dem berühmten ersten Satz aus Grass' „Der Butt“. Obwohl man durch die zarte Andeutung „mit letzter Tinte“ aus seinem Poem „Was gesagt werden muss“ von 2012 hätte gewart sein können, trifft die Nachricht das lesende Deutschland unvorbereitet, und deren Härte mag erklären, weshalb Grass sich für diese Weltensensation ein eher verschwiegenes Plätzchen ausgesucht hat.

Passau steht jedenfalls unter Schock. Kaum hat sich die Stadt halbwegs von der Flutkatastrophe erholt, erwischt sie die Horrormeldung mit voller Wucht. Noch ist nicht bekannt, auf welche Höhe sich der Glasbruch beläuft, ausgelöst von all jenen, die in Gedanken an Oskar Matzerath mit ihren Entsetzensschreien die Fensterscheiben zum Zerspringen bringen. Abgemildert wird der Rückzug des notorischen Blech- und Steifstrommblers einzig durch die Gewissheit, dass wir künftig zwar auf den Romancier werden verzichten müssen, nichtmischen aber auf den Rechthaber und kritischen Zeitgenossen Grass. Prophetisch heißt es in seiner Erzählung „Das Treffen in Telgte“ über den Auftrag der Dichter: „Und wenn man sie steinigen, mit Hass verschütten wollte, würde noch aus dem Geröll die Hand mit der Feder ragen.“ Auch in der Nazizeit, so Grass im Interview, hatte er ja noch bis zum Schluss an den Endsieg geglaubt.

HEUTE

- Meinung**
In der Weltbild-Pleite geht es vor allem um eins: Wie hält es die Kirche mit dem Geld? 4
- Panorama**
Zufällig ausgewählte Menschen mit einem Schlag niederstrecken – ein neues Phänomen in den USA 9
- Feuilleton**
Der Maler Willi Baumeister wird in Stuttgart als europäische Größe entdeckt 13
- Das Politische Buch**
Schluss mit den nutzlosen Träumen: Wie Asien sich vom Westen emanzipierte 15
- Wirtschaft**
Die Probleme der Öko-Firma Prokon könnten für Anleger zum Desaster werden 26

Medien 31
TV-/ Radioprogramm 32
München - Bayern 30
Rätsel 9
Familienanzeigen 23

Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Telefon 089/2183-0, Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/2183-1010 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/2183-1020 (Motormarkt), 089/2183-1030 (Stellenmarkt, weitere Märkte).
Aboservice: Telefon 089/21 83-80 80, www.sz.de/abo
A, B, E, F, GR, I, L, NL, SLO, SK, C, 2, 90; dkr. 22; E 2,90; kn 26; sfr. 4,80; czk 85; Ft 750



Ein finer Club

Bei vielen Deutschen genießt der ADAC einen guten Ruf. SZ-Recherchen zeigen jedoch, dass beim Automobil-Club einiges im Argen liegt – zum Beispiel bei der Wahl des „Lieblingsautos der Deutschen“.

» Seite Drei

Kaum Hoffnung auf No-Spy-Abkommen

Bundesregierung und BND sind enttäuscht: Sie erwarten nicht mehr, dass die USA auf die Überwachung von Deutschen verzichten werden. „Die Amerikaner haben uns belogen“, heißt es aus Verhandlungskreisen

VON HANS LEYENDECKER UND GEORG MASCOLO

München – Das geplante No-Spy-Abkommen der Bundesrepublik mit den USA droht zu scheitern. Obwohl die Verhandlungen offiziell noch laufen, hat die Bundesregierung kaum noch Hoffnung, ein Abkommen, das einen bilateralen Verzicht auf Spionage beinhalten sollte, mit den USA abzuschließen zu können. So verweigern die USA sogar die Zusage, künftig keine deutschen Regierungsmitglieder und politischen Amtsträger mehr abzufragen.

In Kreisen des Bundesnachrichtendienstes (BND), der mit den Verhandlungen beauftragt ist, herrscht deshalb große Enttäuschung: „Wir kriegen nichts“, sagte ein mit dem Stand der Verhandlungen vertrauter Experte der *Süddeutschen Zeitung*.

BND-Präsident Gerhard Schindler soll intern erklärt haben, bei diesem Stand lieber auf ein Abkommen zu verzichten, als es zu unterzeichnen. Die Verbitterung in deutschen Verhandlungskreisen ist groß: „Die Amerikaner haben uns belogen“, sagte ein hochrangiger Beamter.

So weigern sich die USA beispielsweise weiterhin mitzuteilen, seit wann das Handy von Angela Merkel abgehört wurde, und sie geben auch keine Auskunft darüber, ob weitere deutsche Spitzenpolitiker abgehört wurden oder abgehört werden.

Bevor der Lauschangriff auf die Kanzlerin bekannt geworden war, hatte die US-Seite schriftlich garantiert, dass der Militärgesamtdienst NSA „nichts unternahme, um die deutschen Interessen zu schädigen“. Forderungen des Verfassungsschutzes, deutschen Experten Zutritt zu einer

vermuteten Abhörstation von US-Geheimdiensten im Obergeschoss der Botschaft am Pariser Platz in Berlin zu gewähren, lehnen die USA ab. Die Bundesregierung hat der US-Regierung inzwischen erklärt, dass sie einen solchen Lauschposten für einen Verstoß gegen das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen hält. Die Bundesanwaltschaft prüft die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens.

Die Weigerung der Amerikaner, ein Abkommen mit Substanz zu unterzeichnen, kommt für Berlin unerwartet. Noch im Sommer 2013 hatte NSA-Chef Keith Alexander seinen deutschen Gesprächspartnern, unter ihnen BND-Präsident Schindler, ein weitreichendes Abkommen in Aussicht gestellt. Allerdings hatte er stets darauf hingewiesen, dass dieses Abkommen vom Weißen Haus genehmigt werden müs-

se. „Das liegt nicht allein in unserer Hand“, soll er gesagt haben.

Das scheinbare Einlenken der Amerikaner führte dazu, dass die Bundesregierung offenbar mit einem schnellen und positiven Abschluss rechnete. Es seien bereits mündlich „Zusicherungen“ mit der US-Seite verabredet worden, hieß es noch im August. Demnach solle es „keine gegenseitige Spionage, keine wirtschaftsbezogene Ausspähung und keine Verletzung des jeweiligen nationalen Rechts“ geben. Diese angeblichen Zusicherungen scheinen sich in Luft aufgelöst zu haben.

Ein Regierungssprecher wollte am Montag den SZ-Bericht nicht kommentieren. Die Verhandlungen dauerten noch an. Aus dem Kanzleramt hieß es, man hoffe, „in den nächsten drei Monaten noch etwas hinzubekommen“. » Seiten 4 und 7

Trinken, trinken, trinken

Viele Kommunen wollen kostenlose Wasserbrunnen aufstellen

fentlicher Brunnen könne „ein echter Hingucker“ sein und nebenbei auch noch für „Deutschlands bestkontrolliertes Lebensmittel“ werben: das Trinkwasser. „Wir wollen, dass die Wasserversorgung in der Hand kommunaler Anbieter bleibt, da sind die Brunnen ein wichtiges Statement.“ Ob die einzelnen Städte und Gemeinden nun beim Brunnenbau mitmachen, bleibt ihnen allerdings selbst überlassen. Eine große finanzielle Herausforderung sieht Landsberg jedoch nicht: „Von zwei, drei Trinkbrunnen geht keiner pleite.“

Dass das Gratis-Trinken eher eine Willens- denn eine Geldfrage ist, zeigen die Berliner Wasserbetriebe, die 20 öffentliche Brunnen im gesamten Stadtgebiet un-

terhalten. Die meisten sind blaue Gusseisen-Säulen aus den Achtzigern, in den vergangenen vier Jahren sind ästhetisch neuere Aluminium-Brunnen hinzugekommen, aus denen von April bis Oktober ununterbrochen Wasser sprudelt: zwei Kubikmeter am Tag.

Die Kosten für Brunnen und Wasser tragen die Wasserbetriebe: „Wir müssen ohnehin regelmäßig die Leitungen spülen, da nehmen uns die Brunnen Arbeit ab, weil so das Wasser permanent läuft.“ Die Kosten für Wartung und Installation des Brunnens hingegen werden teils vom Bezirk, teils von privaten Initiativen übernommen. So hat sich in Neukölln der Verein „A Tip: Tap“ mit Einzelhändlern aus der Hohenstraße zusammengetan, um

dort gemeinsam die jährlichen Wartungskosten von 3000 Euro für einen Brunnen zu stemmen.

Als Vorbild für die Trinkbrunnen hat sich der Bundestag die Niederlande erkoren. Dort wurden seit 2012 auf Kosten der Gemeinden Hunderte Trinkbrunnen aufgestellt, die aussehen wie riesige Wasserhähne. Das Ziel ist: das Übergewicht in der Bevölkerung zu reduzieren und somit die Krankenkassen zu entlasten. Denn Limonade macht dicker als Wasser.

Theoretisch könnte das große öffentliche Trinken schon jetzt beginnen. Allein in München gibt es 77 historische Springbrunnen, aus denen seit Jahren Trinkwasser fließt. Robuste Menschen könnten behaupten, das mache die neuen Alu-Trinksäulen überflüssig. Viele jedoch haben vermutlich wenig Lust, das Wasser erst dann zu trinken, wenn es bereits über einige barocke Statuen und mehrere Generationen Moos geperlt ist. NADIA PANTEL

Weltbild-Insolvenz – CSU nimmt Kirche in die Pflicht

Bayerns Regierung erinnert die Verlagseligen an ihre Verantwortung, schließt staatliche Hilfe aber nicht aus

München – Die bayerische Staatsregierung nimmt für eine mögliche Rettung des insolventen Weltbild-Verlages die katholische Kirche in die Pflicht. „Wir gehen davon aus, dass die Kirche sich ihrer Verantwortung als Arbeitgeber bewusst ist“, sagte Staatskanzleichefin Christine Haderthauer (CSU). Staatliche Hilfen für eine mögliche Transfergesellschaft seien zwar denkbar. Dies hänge aber vom Vorgehen des Insolvenzverwalters Arndt Geiwitz ab.

Wirtschafts- und Sozialministerium seien mit ihm in Kontakt. Die Staatsregierung bleibt damit hinter dem Engagement zurück, das sie in Fällen wie Quelle oder dem Fernsehhersteller Loewe gezeigt hatte. Die Holding der kirchlichen Weltbild-Verlagsgruppe hatte am Freitag Insolvenz angemeldet, nachdem die Bistümer als Ge-

sellschafter weitere Millionenzuschüsse für das marode Unternehmen verweigert hatten. Unmittelbar von der Insolvenz betroffenen sind 2200 Mitarbeiter in der Augsburger Konzernzentrale, weitere 4600 Arbeitsplätze sind aber gefährdet.

Noch am Wochenende hatte Seehofer Weltbild umfangreiche Hilfen angeboten, „von Bürgschaften bis zu Überbrückungen“ sei alles möglich. Nach der Kabinettsitzung am Montag klang das reservierter – womöglich auch, weil das Klima zwischen Staatsregierung und den Kirchen derzeit angespannt ist. Diese hatten vor dem CSU-Kurs bei der Armutszuwanderung gewarnt. „Die Kirche ist sonst immer vorne dabei beim Moralisieren“, sagte ein Kabinettsmitglied. Nun solle sie sich auch selbst um ihren Bereich kümmern.

Nach SZ-Informationen haben die 14 kirchlichen Eigentümer dazu am Montag bereits erste Schritte eingeleitet. Am Dienstag soll es ein Gespräch mit dem Insolvenzverwalter geben, in dem es um einen Millionenbeitrag der Kirche gehen soll. Ein konkreter Vorschlag soll bis Ende Januar dem Ständigen Rat der Gesellschafter vorgelegt werden. Ursprünglich hatten die Bistümer 65 Millionen Euro für das Sanierungskonzept zugesichert. Weltbild-Aufsichtschef Peter Beer und der Münchner Erzbischof Reinhard Marx hatten die Bereitschaft der Gesellschaft signalisiert, diesen Betrag nun nicht zurückzuziehen, sondern den Mitarbeitern zugutekommen zu lassen. „Ich stehe zu meinem Wort, dass wir uns um die Mitarbeiter kümmern, wie das die katholische Soziallehre vorsieht“,

sagte Kardinal Marx am Wochenende der SZ. Das könne nicht heißen, jeden Arbeitsplatz zu retten, aber „soziale Härten abzufedern“ und bei der Vermittlung zu helfen.

Insolvenzverwalter Arndt Geiwitz traf sich am Montag bei drei Betriebsversammlungen in Augsburg mit den betroffenen Beschäftigten. Dabei sagte er, dass zumindest die Vorfinanzierung des Insolvenzgeldes gesichert sei. „Somit werden alle Mitarbeiter rechtzeitig zum Monatswechsel ihre Zahlungen erhalten“, so Geiwitz. Nach Angaben des Betriebsrats sind die Gehälter bis Ende März gesichert. Zu den Sanierungsaussichten wollte Geiwitz noch keine Prognose geben. Er werde dazu auch Gespräche mit Lieferanten, Großkunden und den Banken führen. » Seite 4 und Wirtschaft

Niederlage für Stiftung Warentest

Schokoladenhersteller setzt sich gegen Verbraucherschützer durch

Berlin – Im Streit über die Kennzeichnung eines Vanillearomas hat der Schokoladenhersteller Ritter Sport einen Teilsieg gegen die Stiftung Warentest errungen. Das Landgericht München bestätigte am Montag eine einstweilige Verfügung gegen die Verbraucherschützer. Sie dürfen demnach nicht mehr behaupten, den Ritter-Sport-Tafeln „Voll-Nuss“ sei ein chemisches Vanille-Aroma beigemischt. Bei einem Verstoß dagegen droht ein Ordnungsgeld von 250 000 Euro. Die Verbraucherschützer kündigten umgehend an, in Berufung zu gehen, da sie nach wie vor überzeugt sind, im Recht zu sein. Bei dem Streit geht es nicht etwa um Qualitätsmängel, sondern einzig und allein um die Frage, ob Ritter Sport auf seinen Verpackungen zu Recht angibt, nur „natürliche“ Aromen zu verwenden. Nach Meinung der Verbraucherschützer verstößt der Hersteller damit gegen die europäische Aromenverordnung. Das Landgericht ist jedoch der Auffassung, die Stiftung habe die Verordnung zu eng ausgelegt. DKU » Seite 4 und Wirtschaft

Hamburger Polizei hebt Gefahrengelände auf

Hamburg – Die Hamburger Polizei hat am Montag auch die verbliebenen sogenannten Gefahrengelände mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Deren Fortbestand sei nicht mehr erforderlich, teilten die Polizei unter Verweis auf die „tägliche intensive Lagebewertung“ mit. Unter anderem habe es zuletzt keine gezielten Angriffe auf Polizisten mehr gegeben. Die Maßnahme hatte starke Kritik weit über die Hansestadt hinaus ausgelöst. sz » Feuilleton

Massenprotest in Thailand

Bangkok – Zehntausende Gegner der thailändischen Regierung haben am Montag Teile der Hauptstadt Bangkok lahmgelegt. Die Demonstranten besetzten Straßenkreuzungen und bauten Bühnen, Zelte sowie Imbissstände auf. Die Opposition will die für Februar geplanten Neuwahlen verhindern und fordert den Rücktritt von Regierungschefin Yingluck Shinawatra. Diese bot der Opposition Gespräche über eine Verschiebung der Wahl an. AFP » Seite 2

EU-Kommission weist Kritik aus Berlin zurück

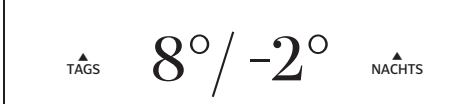
Brüssel – In der Debatte über Armutszuwanderung wehrt sich die EU-Kommission gegen Kritik aus Deutschland. Es sei „absolut nicht der Fall, dass Brüssel darauf drängt, vom ersten Tag an soziale Unterstützung zu gewähren“, sagte EU-Sozialkommissar László Andor am Montag bei der Vorstellung eines Leitfadens zum EU-Recht bei der Freizügigkeit. Ein genereller Anspruch auf Sozialleistungen für EU-Bürger bestehe nicht. sz » Seiten 4 und 7

Hohe Bußgelder gegen Brauereien

München – Mehrere bekannte deutsche Brauereien müssen eine Buße von insgesamt 106,5 Millionen Euro zahlen. Nach den Ermittlungen des Bundeskartellamtes haben diese unerlaubte Preisabsprachen getroffen. Betroffen sind unter anderen Bitburger, Krombacher, Veltins und Warsteiner. Als Kronzeuge straffrei bleibt der deutsche Marktführer Anheuser-Busch Inbev, der unter anderem Beck's und Franziskaner produziert. sz » Wirtschaft

Dax ▲	Dow ▶	Euro ▼
Xetra 17 Uhr	N.Y. 17 Uhr	17 Uhr
9505 Punkte	16440 Punkte	1,3650 US-\$
+ 0,35%	+ 0,02%	- 0,0017

DAS WETTER



Im Osten und Süden stellenweise Regen, im Norden und Westen ist es wechselnd bis stark bewölkt, nur vereinzelt sind Schauer möglich. Die Schneefallgrenze liegt bei 600 bis 900 Metern. Temperaturen von vier bis acht Grad. » Seite 15

Die SZ gibt es als App für Tablet und Smartphone: sz.de/app

